Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 11 (1991)

Heft: 21

Artikel: Die Krise der neokolonialen Weltordnung : Überlegungen zu einer Theorie der hereinbrechenden Ränder

Autor: Hischier, Guido

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652096

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Guido Hischier

Die Krise der neokolonialen Weltordnung

Überlegungen zu einer Theorie der hereinbrechenden Ränder

Es mag zutreffen, dass die Rede von einer *"Neuen Weltordnung"* der US-Regierung dazu dient, ihren Anspruch auf die nunmehr uneingeschränkte Weltherrschaft zu rechtfertigen. Mit der Rede von einer "Neuen Weltordnung" wird indirekt aber auch impliziert, dass es mit der derzeit dominanten Weltordnung offensichtlich nicht mehr zum besten bestellt ist. Angeblich soll nun diese Weltordnung bereits durch den Golfkrieg eine neue Bestimmung erhalten haben. Die zentrale Frage im Zusammenhang mit einer solchen allfälligen Neuordnung ist natürlich die, ob sich diese mehr oder weniger ausschliesslich von oben, d.h. durch die Anwendung von wirtschaftlichen und politisch-militärischen Machtmitteln durchsetzen lässt, oder ob nicht auch die Aktionen und Reaktionen der betroffenen Bevölkerungen dabei eine Rolle spielen werden. Diese Frage muss heute nach den verheerenden Folgen der Kriegshandlungen umso mehr gestellt werden, als die Interessen der betroffenen Bevölkerungen nicht notwendigerweise mit jenen der Regierungen übereinstimmen, durch die sie in den Verhandlungen um eine wie auch immer geartete Weltordnung repräsentiert werden.

Der Golfkrieg kann als manifester Ausdruck der tiefgreifenden Krise interpretiert werden, in der sich die gegenwärtige neokoloniale Weltordnung befindet. Der zumindest unter politisch-militärischem Gesichtspunkt klare Ausgang dieses Krieges zugunsten der imperialistischen Mächte bedeutet nun aber in keinerlei Hinsicht, dass damit auch die zugrundeliegende Krise der derzeitigen Weltordnung überwunden wäre. Somit gibt es gute Gründe für die Vermutung, dass unter dem Etikett einer "Neuen Weltordnung" nichts anderes als eine effizientere Zwangsordnung angestrebt wird, die ein absehbares Hereinbrechen der Ränder verhindern soll, auf die sich die neokoloniale Ordnung bisher gestützt hat. Angesichts der Tatsache, dass die breite politische Mobilisierung der Bevölkerungen in den Entwicklungsländern offensichtlich selbst unter Anwendung von härtester Repression nicht mehr rückgängig gemacht werden kann, dürfte jeder Versuch eines "globalen Krisenmanagements", welcher die legitimen Interessen dieser Bevölkerungen nicht berücksichtigt, zum Scheitern verurteilt sein. Solange eine grundlegende Umverteilung der wirtschaftlichen Ressourcen im Weltrahmen ausbleibt, wird deshalb mit weiteren Erschütterungen der gegenwärtigen Weltordnung von ihren Rändern her zu rechnen sein.

Ich möchte im folgenden den Versuch unternehmen, die bis anhin noch ziemlich vage Diskussion um die "Neue Weltordnung" in einen etwas grösseren Bezugsrahmen zu stellen und ihr damit gewisse zeitgeschichtliche Konturen zu geben. Ein solcher Bezugsrahmen liegt in der von Peter Heintz entwickelten Soziologie der Weltgesellschaft vor (1). Zentral in diesem Ansatz ist die Frage nach der *Legitimität der Macht* und damit auch die Frage nach den *politisch relevanten Potentialen*, die der Macht im Austausch gegen die Verteidigung ihrer Interessen diese Legitimität verleihen oder andernfalls auch entziehen können. Dieser Weltgesellschaftsansatz unterscheidet sich von anderen Ansätzen in der Politischen Soziologie gerade dadurch, dass er es ermöglicht, die Frage nach dem Zustand und Wandel der vorherrschenden Weltordnung auch aus der Perspektive der betroffenen Bevölkerungen zu stellen. Es gibt nämlich nicht nur verschiedene Wege, wie sich diese einer für sie inakzeptablen Ordnung entziehen können, sondern auch verschiedene und noch längst nicht ausgeschöpfte Möglichkeiten des Widerstandes gegen Zwangsordnungen jeglicher Art.

Die "meritokratische" Weltordnung der Nachkriegszeit

Der Begriff der Weltgesellschaft setzt das Vorhandensein und die Anerkennung von bestimmten *gemeinsamen Werten* voraus, die aufgrund von ähnlich ablaufenden Institutionalisierungsvorgängen für die verschiedensten nationalen Bevölkerungen weltweit relevant geworden sind. Das Auftreten von politischen Potentialen, die sich an solchen universalistischen Werten orientieren, führt insofern zu einer Einschränkung des Handlungsspielraums von nationalen Regierungen, als der Rückgriff auf die partikulären Werte der eigenen nationalen Kultur als alleinige Rechtfertigungsgrundlage der Macht in der Regel nicht mehr ausreicht. Der angeblich zersetzende Einfluss, den die politischen Potentiale auf die nationale Kultur besitzen, dient den Regierungen denn auch häufig als Vorwand dazu, die eigene Gesellschaft möglichst stark gegen die Aussenwelt abzuschirmen, um dadurch einer Einschränkung ihres Handlungsspielraums entgegenzuwirken.

Von einer Weltgesellschaft, die bestimmte Werte auf universeller Grundlage anerkennt, kann erst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gesprochen werden. Solche vergleichsweise universalistischen Werte lassen sich als Bestandteile einer Weltkultur betrachten (2), die nun aber vor dem Hintergrund der historisch älteren partikulären Kulturen sehr unterschiedliche Interpretationen erfahren kann (3). Zu dieser Weltkultur gehören allem voran die *Menschenrechte*, dann vor allem der für unsere folgenden Überlegungen zentrale Wert der *Entwicklung* und schliesslich das Ziel der *Vermeidung weiterer kriegerischer Auseinandersetzungen*, das im Gegensatz zum breiten Konsens, der sich um den Wert der Entwicklung herausbildete, schon von Anfang an stärker umstritten war. Da der Dekolonialisierungsprozess nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bei weitem noch nicht abgeschlosssen war, schliesst der Begriff der Entwicklung auch jenen der *politischen Autonomie* mit ein. Es sind deshalb nicht nur die Erfahrungen des Krieges zwi-

schen den alten und neuen imperialistischen Mächten, die ausschlaggebend gewesen sind für eine Neuordnung der Welt, innerhalb welcher nun die Nachkriegsentwicklung erfolgen sollte, sondern vor allem auch die antikolonialistischen und antiimperialistischen Kämpfe in der erst später so genannten Dritten Welt, in denen es um *Unabhängigkeit und Selbstbestimmung* als Voraussetzungen einer Entwicklung im Interesse der eigenen Bevölkerung ging. Mit anderen Worten: Diese Kämpfe haben in einem wesentlichen Masse zur Durchsetzung jener weltweiten Erwartungsstruktur beigetragen, die in der Folgezeit nicht nur für die Bevölkerungen der hochentwickelten Länder des Westens, sondern vor allem auch für jene der Entwicklungsländer verhaltensbestimmend geworden ist. Diese *Erwartungsstruktur*, die das gemeinsame Interesse nationaler Bevölkerungen an einer selbstbestimmten nationalen Entwicklung in einer ansonsten sehr heterogenen Staatenwelt zum Ausdruck bringt, wurde vor allem mit Hilfe der UNO mehr und mehr institutionalisiert. Diese hat in der Vergangenheit in einem entscheidenden Masse zum Entstehen einer Art von Gesellschaftsordnung auf Weltebene beigetragen, für die Peter Heintz den Begriff des *internationalen Entwicklungssystems* geprägt hat.

Dieses System hat sich in der Folgezeit relativ unabhängig von der politisch-militärischen Aufteilung der Welt in die Segmente der beiden Supermächte USA und UdSSR reproduziert und eine eigene Dynamik entwickelt, die ohne die *Allianz* zwischen *Blockfreiheit* und *unterentwickelten Ländern* in dem nun anlaufenden Kalten Krieg allerdings schon sehr bald zum Erliegen gekommen wäre. Angesichts der enormen Ungleichheit der wirtschaftlichen Machtverteilung zwischen den einzelnen Nationen, die dieses internationale Entwicklungssystem bildeten, kann man diese Weltgesellschaftsordnung sicherlich nicht als egalitär bezeichnen, obwohl darin zum ersten Mal in der Geschichte auch die Bevölkerungen der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas als eigenständige Akteure und damit als Mitglieder dieser Gesellschaftsordnung anerkannt worden sind. Man kann diese Ordnung aber insofern als *meritokratisch* bezeichnen, als unter Entwicklung ein gerichteter Wandel im Sinne einer kollektiven Aufstiegsbewegung von Nationen im internationalen System verstanden wird, an dem die einzelnen Bevölkerungen nach Massgabe ihrer eigenen Entwicklungsanstrengungen partizipieren konnten. Durch solche eigenen Entwicklungsanstrengungen liessen sich Ansprüche auf eine Verbesserung der Position der eigenen Nation innerhalb dieses Systems legitimieren. Zumindest solange diese Ansprüche erfüllt wurden, konnte im Rahmen einer solchen meritokratischen Ordnung verhindert werden, dass die ungleiche Machtverteilung innerhalb des Systems als solche in Frage gestellt worden ist. Die *meritokratische Weltordnung* der Nachkriegszeit stellte somit einen institutionalisierten Kompromiss dar zwischen den ökonomischen Bedingungen, unter denen das Machtgefälle zwischen reichen und armen Ländern einerseits weiterhin aufrechterhalten werden konnte, und den dazu im Gegensatz stehenden institutionellen Bedingungen, unter denen dieses Machtgefälle einigermassen legitimiert werden konnte. Allerdings ist dieser Kompromiss, der im Rahmen der UNO immer

wieder aufs neue hergestellt werden musste, schon seit geraumer Zeit grundlegend in Frage gestellt.

Nach der hier vertretenen Auffassung wurde der Wandel der Weltgesellschaft durch die *endogene Dynamik* des internationalen Entwicklungssystems selbst hervorgerufen und nicht, wie immer wieder behauptet wird, durch exogene Faktoren, die insbesondere durch die Berichte des Club of Rome über die "Grenzen des Wachstums" in den Vordergrund gerückt worden sind. Aus dieser Sichtweise lassen sich denn auch nicht die selben reaktionären Konsequenzen ziehen, wie dies vielfach in der Diskussion um die exogenen Faktoren der Fall ist, wonach z.B. nur eine mit Hilfe von politisch-militärischer Gewalt errichtete Weltordnung den direkten und indirekten Zugang der reichen und mächtigen Länder zu den immer knapper werdenden Ressourcen zu sichern vermag etc. Endogener Wandel der Weltgesellschaft bedeutet nun hier, dass die weltweite Erwartungsstruktur, die der neu entstandenen meritokratischen Nachkriegsordnung als Legitimationsgrundlage gedient hat, über die Zeit hinweg *selbst jene Kräfte erzeugt* hat, die schliesslich zu einer tiefgreifenden *Entlegitimierung* dieser Weltordnung und zu ihrem Zerfall geführt haben. Diese Entlegitimierung dürfte vor allem das Ergebnis der enormen Schwierigkeiten gewesen sein, die durch die Integration der Entwicklungsländer in das internationale Entwicklungssystem geweckten Erwartungen ihrer Bevölkerungen auch tatsächlich zu erfüllen.

Die Konsolidierung dieser Nachkriegsordnung auf der Basis von gemeinsamen Entwicklungswerten hat zunächst eine breite *politische Mobilisierung* der Bevölkerungen der Entwicklungsländer für das Ziel einer unabhängigen nationalen Entwicklung nach sich gezogen und dann auch eine partielle Umsetzung der diesbezüglichen Erwartungen in eine reale Verbesserung ihrer Lebensbedingungen garantiert. Zweifellos haben antiimperialistische und antikolonialistische Ideologien bei dieser Mobilisierung weiterhin eine wichtige Rolle gespielt, zumal die überwiegende Mehrzahl dieser Länder auch über den Zeitpunkt ihrer formalen politischen Unabhängigkeit hinaus Teil der in der Kolonialzeit errichteten Aussenhandelsblöcke bildeten, von denen insbesondere jene Grossbritanniens und Frankreichs bis auf den heutigen Tag eine gewisse Bedeutung beibehalten haben. Dies erklärt u.a., warum es auch seitens dieser zweitrangig gewordenen ehemaligen Grossmächte immer wieder zu politisch-militärischen Interventionen in die inneren Angelegenheiten der Entwicklungsländer gekommen ist, wodurch auch der Antiimperialismus in diesen Ländern jeweils neuen Aufschwung erlangt hat. Wichtiger aber als die genannten antiimperialistischen und antikolonialistischen Ideologien erscheint in dem hier diskutierten Zusammenhang das Entstehen einer neuen Art von *progressivem, auf die Entwicklung bezogenem Nationalismus* gewesen zu sein, der aus der Diskrepanz zwischen den hohen Entwicklungserwartungen der Bevölkerung und der zugrundeliegenden Wirklichkeit resultierte, die nunmehr in Termini der unterprivilegierten Position der eigenen Nation innerhalb dieses auf der Basis von Entwicklung geschichteten internationalen Systems definiert worden ist.

Gewiss kann man die Aufstiegsbewegungen von Nationen im internatio-

nalen, auf der Basis von Entwicklung geschichteten System, als *Modernisierung* bezeichnen, wenn man darunter den Ausbau des Bildungs- und Gesundheitswesens, die Urbanisierung und die Veränderung der Beschäftigungsstruktur versteht. Man muss sich aber darüber im klaren sein, dass das Modell einer unabhängigen nationalen Entwicklung, das diesen Prozessen zugrundelag, sich in grundlegenden Aspekten vom klassischen Modell der kapitalistischen Entwicklung unterscheidet, welche sich in den hochentwikkelten westlichen Ländern vollzogen hat. Letzteres beruht auf dem Vorsprung der Technik vor der Kultur und erfordert Kapital, welches sich die Entwicklungsländer zumeist nur in Form von ausländischen Investitionen beschaffen können, was wiederum bedeutet, dass sich dadurch ihre Abhängigkeit von den hochentwickelten Ländern in neuer Form reproduziert. Das Modell der unabhängigen nationalen Entwicklung beruhte demgegenüber auf einer Umkehrung dieses Verhältnisses zwischen Technik und Kultur, und zwar in dem Sinne, als es sich in erster Linie die Bildungsressourcen, oder wie Heintz dies allgemeiner formuliert hat, die Lern- und Neuerungsfähigkeit der Bevölkerung für die wirtschaftliche Entwicklung zunutze gemacht hat. Obwohl dies die Entwicklungsländer natürlich von der Notwendigkeit der internen Kapitalakkumulation nicht befreit hat, stellten die nationalistische Mobilisierung der Bevölkerung für das Ziel der Entwicklung in Verbindung mit einer mehr oder weniger weitreichenden *Kontrolle des nationalen Staates über die eigenen Ressourcen* wichtige Voraussetzungen für eine von der Weltwirtschaft relativ unabhängige Entwicklung dar (4).

Entlegitimierung und Zusammenbruch der meritokratischen Nachkriegsordnung

Auch wenn man sich keinerlei Illusionen über die Schwierigkeiten hingeben sollte, die einer solchen unabhängigen nationalen Entwicklung im Wege standen, kann man rückblickend auf die ersten beiden Entwicklungsdekaden nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges dennoch behaupten, dass die Chancen für eine solche Entwicklung innerhalb der damals vorhandenen meritokratischen Weltordnung relativ günstig gewesen sind und dass diese von den Entwicklungsländern mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln auch genutzt worden sind.

Im Zusammenhang mit solchen nationalen Entwicklungsprozessen muss nun aber der ziemlich folgenreichen Tatsache Rechnung getragen werden, dass bei weitem nicht alle Teile der nationalen Bevölkerung gleichermassen von einer solchen Entwicklung profitiert haben. Zwar konnten die neu entstehenden sozialen Unterschiede vorerst noch durch einen verbesserten Zugang der einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten zur Bildung und durch die Abwanderung von Teilen der Landbevölkerung in die grossen Städte legitimiert werden. Diese Legitimationsmöglichkeiten waren aber schon sehr bald erschöpft, so dass ein immer grösser werdender Teil der Bevölkerung in den Entwicklungsländern den Glauben an die Realisierbarkeit des Modells einer selbstbestimmten nationalen Entwicklung und damit indi-

rekt auch den Glauben an die meritokratische Weltordnung der Nachkriegszeit verloren hat, die zwar solche relativ unabhängigen nationalen Entwicklungsprozesse begünstigte, gleichzeitig aber nicht verhindern konnte, dass sich die *intranationale Einkommensungleichheit* im Verlaufe solcher Entwicklungsprozesse vergrössert hat. Die von dieser Ungleichheit betroffenen Teile der Bevölkerung gaben die Rekrutierungsbasis ab für das Entstehen von politisch relevanten Potentialen, die nun nicht mehr in Form eines auf die Entwicklung bezogenen Nationalismus, sondern in Form eines auf das Ziel der *Verteilungsgerechtigkeit* bezogenen marxistischen, d.h. *klassenbewussten Antiimperialismus* strukturiert waren. Der Aktionsraum dieser antiimperialistisch strukturierten Klassenpotentiale beschränkte sich keineswegs auf die Guerilla, wie oft fälschlicherweise angenommen worden ist, sondern sie fanden eine relativ breite Verankerung in den *nationalen Arbeiterklassen*, soweit solche vorhanden waren, aber auch unter den *verarmten städtischen Massen*, die im Gegensatz zu den gebildeten städtischen Mittelschichten nur sehr wenig von der nationalen Entwicklung profitiert hatten und entsprechend auch für die Ziele einer Politik zu gewinnen waren, welche die Schaffung einer gerechteren Gesellschaftsordnung in ihren eigenen Ländern versprach. Vor allem der *Populismus lateinamerikanischer Prägung* machte sich die entsprechenden Erwartungen der verarmten Massen zunutze, um die fortbestehenden oligarchischen Strukturen aufzubrechen und die damit verbundene Weltmarktabhängigkeit zu verringern, ohne dass sich daraus allerdings nennenswerte Impulse für eine nationale Entwicklung mehr ergaben. Dazu gehörten in erster Linie der Peronismus in Argentinien, der in den 70er Jahren noch einmal eine Neuauflage erlebt hat, aber auch Bolivien unter Torres, Jamaika unter Manley und Brasilien unter Goulart, um nur die wichtigsten zu nennen. Der hohe Strukturierungsgrad, den diese antiimperialistischen Klassenpotentiale erreicht haben, erwies sich aber in zunehmendem Masse als unvereinbar mit einer populistischen Politik, die grundlegende Änderungen versprach, ohne dass sie diese Versprechen überhaupt einlösen konnte.

Man muss sich in diesem Zusammenhang bewusst sein, dass die Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft, die durch die *kubanische Revolution* eröffnet worden ist, einen enormen Einfluss auf die Strukturierung der Klassenpotentiale in dieser, aber auch in anderen Weltregionen besass. Um diesen Einfluss zu begrenzen, wurde innerhalb der sog. Allianz für den Fortschritt die auf Initiative der damaligen US-Regierung zustande kam, der Versuch unternommen, diese Klassenpotentiale im Rahmen einer *Politik der Demokratisierung* an der Macht zu beteiligen, die sie nunmehr in Form eines institutionalisierten Wechsels mit den entwicklungsorientierten kapitalistischen Interessenallianzen teilen sollten. Die *Institutionalisierung des Klassenkonflikts in Form von Parteienkonkurrenz* stiess aber nicht nur wegen der Unvereinbarkeit der Ziele dieser kapitalistischen Interessenallianzen einerseits und der Ziele der politisch relevanten Klassenpotentiale andererseits auf Grenzen, sondern vor allem auch deshalb, weil sich die weltweiten Bedingungen für eine nationale Entwicklung, welche die Grundlage für

eine solche Politik der Demokratisierung abgeben sollten, schon sehr bald drastisch zu verändern begannen. Mit Ausnahme Costa Ricas und Venezuelas vermochte keiner dieser Demokratisierungsversuche den in den frühen 70er Jahren erfolgten Zusammenbruch der meritokratischen Nachkriegsordnung zu überdauern. Gerade Chile stellt ein gutes Beispiel dar für einen solchen institutionalisierten Wechsel zwischen entwicklungsorientierter kapitalistischer Interessenallianz, repräsentiert durch die Christdemokraten Freis, und politischem Klassenpotential, repräsentiert durch die Unidad Popular unter Allende. Indem nun erstere selbst die Demokratiefähigkeit des demokratisch gewählten marxistischen Präsidenten in Frage zu stellen begann, hat sie die Rückoberung der Macht durch die Oligarchie begünstigt, der nach dem Zerfall dieser meritokratischen Weltordnung ganz andere Möglichkeiten zur Verfügung standen, um sämtliche Konsequenzen der vorangehenden nationalen Entwicklung auf eine radikale Art und Weise zu beseitigen und gegen dieses politisch relevante Klassenpotential in einer bisher ungekannten Brutalität vorzugehen. Solche antiimperialistisch strukturierten Klassenpotentiale haben aber nicht nur in lateinamerikanischen Ländern, sondern auch in anderen Ländern an politischem Einfluss gewonnen, so z.B. in Südkorea (Park), auf den Philippinen (Marcos), in Iran (Schah), in Aegypten (Sadat), in Tunesien (Bourguiba) und selbstverständlich auch in der Türkei, wo das sich demokratisierende Regime unter Ecevit auf ähnlichem Wege beseitigt worden ist wie die Demokratie in Chile.

Dass die Vorstellung einer egalitären Ordnung in der eigenen Gesellschaft mit der Vorstellung einer meritokratischen Gesellschaftsordnung auf Weltebene in Konflikt geraten kann, zeigt sich vor allem in der Kritik, welcher der auf die Entwicklung bezogene Nationalismus von sozialistischer Seite als eine Form von "bürgerlichem Antiimperialismus" unterzogen worden ist. Die Regimes in den früheren realsozialistischen Ländern haben nach dem Zweiten Weltkrieg denn auch mehr oder weniger erfolgreich versucht, in ihren eigenen Gesellschaften solche entwicklungsnationalistischen Bestrebungen in Grenzen zu halten, da sie angeblich einen "bürgerlichen" Lebensstil begünstigen und damit konterrevolutionären, d.h. kapitalistischen Kräften Auftrieb geben würden. Es mag geradezu als eine Ironie der Geschichte erscheinen, dass die sogenannte *Revolution der steigenden Erwartungen*, die im Rahmen der früheren meritokratischen Weltordnung in Gang gesetzt worden ist, in den osteuropäischen sozialistischen Ländern erst zu einem Zeitpunkt politische Konsequenzen gezeitigt hat, an dem von dieser meritokratischen Weltordnung praktisch nichts mehr übriggeblieben ist. Die Legitimation der derzeitigen Übergangsregimes in diesen Ländern, einschliesslich der Sowjetunion, dürfte in einem wesentlichen Masse davon abhängig sein, wie weit es ihnen gelingt, Entwicklungsprozesse einzuleiten, die ihren Bevölkerungen zugute kommen. Allerdings scheinen die weltweiten Voraussetzungen für solche Entwicklungsprozesse heute auch für diese Länder ungünstiger als jemals zuvor zu sein (5).

Die meritokratische Weltordnung der Nachkriegszeit dürfte ihre *maximale Determinationskraft*, was die nationalistische Mobilisierung der Bevölke-

rungen in den Entwicklungsländern anbelangt, bereits kurz nach Mitte der 60er Jahre erlangt haben. Es war nun aber nicht die Erschöpfung von Entwicklungsmöglichkeiten und die dadurch bedingte Transformation der ursprünglich nationalistisch strukturierten Potentiale in antiimperialistisch strukturierte Klassenpotentiale, die schliesslich zum Zusammenbruch dieser Weltordnung geführt haben. Ausschlaggebend für diesen Zusammenbruch war vielmehr die politische Aktion einer begrenzten Zahl von Entwicklungsländern, nämlich der *OPEC*, die sich die zunehmende Entlegitimierung dieser Weltordnung und die dadurch immer stärker hervorgetretene Illegitimität der internationalen Machtverteilung zunutze gemacht haben, um auf der Basis einer strategisch wichtigen Ressource, nämlich Erdöl, eine Änderung dieser Machtverteilung zu ihren Gunsten herbeizuführen. Zwar ist der Versuch, über einen horizontalen, d.h. kartellähnlichen Zusammenschluss von Ländern, die über solche strategisch wichtige Ressourcen verfügen, eine *Gegenmacht* im internationalen System aufzubauen, die im Prinzip auch politisch-militärische Machtmittel erwerben und einsetzen könnte, nicht an sich irrational. Dennoch erscheint die Möglichkeit nach wie vor als ziemlich begrenzt, dass es unter Einsatz solcher politisch-militärischer Machtmittel zu einem Wandel der Weltgesellschaft von unten her kommt. Angesichts der bereits weit fortgeschrittenen Entlegitimierung der meritokratischen Nachkriegsordnung erschien die OPEC-Strategie in den Augen der übrigen Entwicklungsländer zunächst als gerechtfertigt, da sie sich gegen die hochentwickelten Länder richtete, welche ihre privilegierten Positionen innerhalb dieser Ordnung immer weniger zu rechtfertigen vermochten. Gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die im Rahmen dieser meritokratischen Weltordnung gemacht worden sind, reichte aber die *Illegitimität der internationalen Machtstruktur als Rechtfertigungsgrundlage* für eine solche Strategie auf die Dauer nicht aus, da der Machtzuwachs dieser Länder ja nicht auf eigenem Verdienst, d.h. eigenen Entwicklungsanstrengungen, sondern auf einer zugeschriebenen Ressource beruhte. Es ist heute bekannt, dass es bereits nach der ersten drastischen Erhöhung des Erdölpreises 1973/74 zu Allianzen zwischen den grossen multinationalen Erdölkonzernen und einzelnen OPEC-Ländern gekommen ist, welche die gemeinsame Strategie unterlaufen und damit vergleichsweise rasche Anpassungsprozesse an die neue Situation in den wichtigsten Erdölimportländern begünstigt haben. Folgenschwer und in gewissem Sinne kontraproduktiv, was die Solidarität der Entwicklungsländer untereinander betrifft, scheint die OPEC-Strategie aber aus einem anderen Grund gewesen zu sein. Ein beträchtlicher Anteil des von der OPEC erwirtschafteten *Erdölüberschusses* floss nämlich über die Banken der westlichen Metropolen in die Entwicklungsländer zurück, und zwar in Form von teuren privaten Krediten, die zur Deckung ihrer Zahlungsbilanzdefizite dienen sollten. Die wachsende *Verschuldung* wurde daraufhin zunehmend als politisches Druckmittel verwendet, um diesen Ländern *Austeritätspolitiken* aufzuerlegen, welche die Fortsetzung einer eigenen nationalen Entwicklungspolitik verunmöglichten (6).

Mit dem Zerfall dieser meritokratischen Nachkriegsordnung und der nun

einsetzenden Weltwirtschaftskrise war nach einer relativ kurzen Zeitspanne, die der Lebensdauer einer einzigen Generation entspricht, für die alten und neuen imperialistischen Mächte die Aera wiedergekommen, in der nun auf der Grundlage des historisch bewährten Prinzips des "*Teile und herrsche*" eine "neue" Weltordnung errichtet werden sollte, die ihren Bedürfnissen besser entspricht. Diese Weltordnung kann man freilich nicht mehr als meritokratisch, sondern man muss sie von ihrer Zielsetzung her als *neokolonial* bezeichnen.

Die neokoloniale Weltordnung der Gegenwart

Es wird kaum jemand behaupten, dass die gegenwärtige Weltordnung so etwas wie eine Gesellschaftsordnung auf Weltebene darstellt, die vor allem die Entwicklungsinteressen nationaler Bevölkerungen zur Geltung bringt, ganz zu schweigen von den Menschenrechten bzw. dem Recht auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Entwicklungsländer, oder dass der Beilegung von Konflikten mit friedlichen Mitteln in dieser Weltordnung eine hohe Priorität eingeräumt werde. Es handelt sich dabei vielmehr um eine Art *Wirtschaftsordnung*, die allem voran die Wachstumsinteressen der grossen *multinationalen Korporationen* spiegelt, welche sich die Entwicklungsunterschiede zwischen Ländern und das damit einhergehende Lohnniveaugefälle für ihre eigenen partikulären Ziele zunutze machen. Über die mit ihnen liierten transnationalen Finanzorganisationen vermögen sich diese der Kontrolle von nationalen Regierungen immer mehr zu entziehen und die noch vorhandenen Bestrebungen einer selbstbestimmten nationalen Entwicklungspolitik im Interesse der eigenen Bevölkerung zu unterlaufen.

Diese neokoloniale Weltordnung, die sich über die zunehmende Kontrolle nationaler Volkswirtschaften durch das multinationale Kapital durchgesetzt hat, entspricht in etwa dem, was man heute mit dem Begriff des "*kapitalistischen Weltsystems*" zu fassen versucht (7). Dieses System beruht auf der Ausdifferenzierung und räumlichen Konzentration von kapital- und steuerungsintensiven Wirtschaftszweigen im Zentrum und der Verlagerung von arbeitsintensiven Wirtschaftszweigen in die Peripherie. Dadurch reproduziert sich der traditionelle Gegensatz zwischen Industriegüter produzierenden Zentrumsnationen und agrarische und mineralische Rohstoffe produzierenden Peripherienationen noch einmal in der Peripherie selbst, und zwar in Form von dynamischen Wachstumspolen einerseits, die über die multinationale Kapitalverflechtung immer stärker in die Weltwirtschaft integriert werden, und von wirtschaftlich stagnierenden Regionen und Ländern andererseits, die immer stärker gegenüber der Weltwirtschaft marginalisiert werden. Die Restrukturierung der internationalen Arbeitsstellung unter der Kontrolle des multinationalen Kapitals hat insbesondere dazu geführt, dass eine grosse Anzahl von *ressourcenarmen Ländern* Schwarzafrikas, aber auch Asiens, im Rahmen dieser neokolonialen Weltordnung als eine quantité négligeable betrachtet werden. Demgegenüber sind in dieser Weltordnung vor allem jene Länder von Interesse, die über *strategisch wichtige Ressourcen*

verfügen, für die eine grosse Nachfrage im Zentrum besteht; und/oder die über eine disziplinierte Arbeiterklasse verfügen, welche von repressiven Regimes gezwungen wird, die ausgelagerten Tätigkeiten gegen Tiefst-, d.h. Hungerlöhne, zu verrichten; und/oder die über genügend grosse interne Märkte verfügen, welche durch das Auslandkapital "erobert" werden können; und/oder die eine Schlüsselstellung als Umschlagplatz von internationalen Finanztransaktionen einnehmen.

Die organisationelle Überschichtung der Weltgesellschaft durch das multinationale Kapital hat nicht nur zur *Marginalisierung ganzer Weltregionen* gegenüber der Weltwirtschaft geführt (deren Bevölkerungen man nunmehr ihrem eigenen "Schicksal" überlässt, d.h. *verhungern* lässt), sondern sie hat auch neue Formen der Marginalität in jenen profitträchtigeren Regionen geschaffen, die im Verlaufe der beiden vergangenen Jahrzehnte immer stärker in die Weltwirtschaft integriert worden sind. Der Marginalisierungs- und Verelendungseffekt, der durch den externen Ausschluss- und internen Ausbeutungscharakter dieser neokolonialen Weltordnung erzeugt worden ist, lässt sich z.B. an der Tatsache verdeutlichen, dass sich der Anteil der ökonomisch aktiven Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter seit Beginn der 70er Jahre umgekehrt proportional zum erreichten Entwicklungsstand der einzelnen Länder verringert hat. Es braucht in diesem Zusammenhang nicht eigens mehr erwähnt zu werden, dass die immer stärker werdenden *Migrationsströme* in den Norden und die dadurch bedingten *rassistischen Abwehrreflexe* von Teilen der Bevölkerung in der hochentwickelten Welt nichts anderes als die Kehrseite dieses Marginalisierungs- und Verelendungseffektes sind, der durch die neokoloniale Weltordnung im Süden erzeugt wird.

Die Problematik der zunehmenden Verelendung der Bevölkerung in den gegenüber der Weltwirtschaft marginalisierten Ländern wurde vor allem innerhalb der UNO schon relativ früh erkannt. Sie hat zur politisch relevanten Definition der Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (LDC) geführt, die insbesondere der Weltbank als Grundlage für die Gewährung von Krediten zu sog. "weichen" Bedingungen an diese Länder dient. Allerdings gibt es gute Gründe für die Vermutung, dass unter den in diesen Ländern vorherrschenden politischen Gegebenheiten (8) ein nicht unbedeutender Teil dieser Kredite in Form von Fluchtgeldern wieder in die hochentwickelten Länder zurückfliesst und damit der Entwicklung dieser Länder entzogen wird. Dies trifft sicherlich auch auf einen Teil der internationalen Entwicklungshilfe zu, die sich auf diese ärmsten Länder konzentriert. Diese Entwicklungshilfe kann als Versuch gedeutet werden, die Legitimationsverluste abzubauen, die die hochentwickelten Länder in den Augen der Bevölkerungen der Entwicklungsländer erfahren haben. Angesichts der bekannten Schwierigkeiten, mit dieser Hilfe durch die Bereicherungspraktiken von korrupten Machteliten hindurch direkt an die Bevölkerung zu gelangen, muss dieser Versuch als relativ hilflos gewertet werden. Mit anderen Worten braucht die neokoloniale Weltordnung auch ihre Armenhäuser, über die sich durchaus einträgliche Geschäfte abwickeln lassen, die dank solch "ex-

zellenter" Einrichtungen wie des schweizerischen Bankgeheimnisses denn auch in keinerlei Buchhaltungen mehr ausgewiesen sind.

Im Gegensatz zur meritokratischen Nachkriegsordnung, zu der im Prinzip alle Gesellschaften Zugang hatten, ist diese neokoloniale Weltordnung alles andere als umfassend. Obwohl die Theorie des "kapitalistischen Weltsystems" eine mehr oder weniger zutreffende Beschreibung des früheren Kolonialismus und des heutigen Neokolonialismus liefert, geht es schon aus diesem Grunde nicht an, die Konzeption einer Weltgesellschaft mit dem sektoriellen Konzept einer Weltwirtschaft bzw. des "kapitalistischen Weltsystems" gleichzusetzen. Die *Theorie des "kapitalistischen Weltsystems"* repräsentiert die *"Perspektive von oben"*. Diese Perspektive basiert auf der Annahme, dass es immer die jeweiligen Zentren der wirtschaftlichen und politisch-militärischen Macht sind, die darüber entscheiden, was in der Peripherie geschieht. In dem Masse, wie diese Annahme zu einem konstitutiven Merkmal einer "Weltsystemlogik" emporstilisiert wird, muss natürlich auch die Frage nach den realen sozio-politischen Kräften, die über den Status quo des "kapitalistischen Weltsystems" hinausweisen, in den sog. Weltsystemanalysen ausgeklammert bleiben (9). Demgegenüber repräsentieren die hier skizzierten Überlegungen zu einer *Theorie der hereinbrechenden Ränder* die *"Perspektive von unten"*. Sie richtet die Aufmerksamkeit auf Prozesse der sozialen und politischen Mobilisierung, die sich gerade nicht aus einer wie auch immer gearteten "Weltsystemlogik" ableiten lassen, sondern an denen vielmehr gezeigt werden kann, dass es noch andere Handlungsmöglichkeiten gibt als nur die, welche von den Zentren der Macht diktiert oder erwartet werden. Insbesondere trägt sie auch jenem immer grösser werdenden Teil der Weltbevölkerung Rechnung, der durch das kapitalistische Weltsystem jeglicher Entwicklungsmöglichkeiten, nicht aber jeglicher Formen des Widerstandes gegen dieses System beraubt worden ist.

Die Tatsache ist unbestritten, dass es innerhalb dieser neokolonialen Weltordnung zu einer beschleunigten Umsetzung von national aggregierten Ressourcen in politisch-militärische Macht gekommen ist, und zwar auf Kosten der Umsetzung solcher Ressourcen in eine Entwicklung, die in der Vergangenheit zumindest partiell auch der Bevölkerung zugute kam. So wurde der sog. wissenschaftlich-technische Fortschritt, mit dem die hochentwickelten Länder ihren Entwicklungsvorsprung gegenüber den Entwicklungsländern in der Vergangenheit zu rechtfertigen versuchten, seither immer mehr in den Dienst eines *militärisch-industriellen Komplexes* gestellt, der nicht nur in den hochentwickelten Ländern (einschliesslich der UdSSR), sondern auch in vielen Entwicklungsländern zu einer der wichtigsten Wachstumsindustrien geworden ist. Insofern der Aufbau eines solchen gewaltigen Rüstungspotentials auch den Import von Spitzentechnologien und des für den Aufbau eigener Waffenindustrien erforderlichen Know hows in die Entwicklungsländer einschliesst, hat sich dadurch die Problematik der externen Verschuldung dieser Länder in einem ausserordentlichen Masse verschärft.

Das Entstehen einer solchen *Weltkriegswirtschaft* muss vor dem Hintergrund eines *zunehmend entropischer* werdenden Prozesses innerhalb der

Weltgesellschaft gesehen werden, der durch den Zerfall der meritokratischen Nachkriegsordnung in Gang gesetzt worden ist. Im Bezugsrahmen einer Soziologie der Weltgesellschaft bedeutet zunehmende Entropie, dass sich die Beziehungen zwischen Ländern, die auf der Grundlage von gemeinsamen Entwicklungsinteressen nationaler Bevölkerungen zustandegekommen sind, immer mehr abgeschwächt haben und dass diese immer stärker auf der Grundlage von Kriterien der politisch-militärischen Macht fragmentiert werden, die nunmehr von den nationalen Regierungen selbst unter Berufung auf das sog. "nationale Interesse" zur Geltung gebracht werden. Die Schaffung von regionalen Wirtschafts- und Verteidigungsallianzen (z.B. EG, ASEAN, OAU, Andenpakt) dürfte in einer zunehmend entropischer werdenden Weltgesellschaft vor allem auch dazu dienen, den "Import" von Entropie in die eigene Region zu *verhindern.* In Regionen hingegen wie dem Mittleren Osten, wo die verschiedenen Versuche, derartige Allianzen zu bilden, nach jeweils kurzer Zeit scheiterten, schlägt diese Entropie mit voller Wucht durch. Zunehmende Entropie der Weltgesellschaft bedeutet aber auch, dass die enormen Spannungen, die durch die neokoloniale Weltordnung erzeugt werden, nicht nur die Gefahr von kriegerischen Auseinandersetzungen im zwischenstaatlichen Bereich erhöhen, sondern dass diese immer stärker auch auf die Ebene der einzelnen nationalen Gesellschaften verlagert und von diesen internalisiert werden, wodurch sich nicht nur das interne Niveau von Gewalt und Gegengewalt in vielen Ländern drastisch erhöht hat, sondern sich auch neue Perspektiven einer antiimperialistischen Mobilisierung gegen diese Weltordnung eröffnet haben.

Es ist vor diesem Hintergrund natürlich auch für die Weltsystemforscher schwieriger geworden, auf Grund der Position, die die Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft einnehmen, Entwicklungen zu prognostizieren und sich an der Eleganz von ökonometrischen Modellen zu freuen, die vielleicht schon morgen durch eine neue Revolution wiederum über den Haufen geworfen werden. Denn die Entwicklungsländer bzw. deren Bevölkerungen erweisen sich heute gerade aus der "Perspektive von oben" gesehen als ziemlich "unberechenbar", wobei in diese Perzeption sicherlich auch die Angst vor entropischen Zuständen in den eigenen hochentwickelten Industrienationen mit hineinspielt. Dass diese Angst nicht gänzlich unbegründet ist, lässt sich vor allem an der Vielzahl von regionalistischen Bewegungen verdeutlichen, die sich teils mit gewaltsamen Mittel (z.B. IRA, ETA) den zentralstaatlichen Versuchen widersetzen, die mit dem Zerfall der Nachkriegsordnung in diesen Ländern eingetretene Identitätskrise durch die Schaffung einer neuen Art von *reaktionärem Verteidigungsnationalismus* zu überwinden, welcher jegliche autonomistische Regungen innerhalb der eigenen Bevölkerung zu unterdrücken versucht. Die Angst, dass sich entropische Zustände von der Peripherie der jeweiligen Einflussbereiche zentralisierter Macht her ausweiten könnten, dürfte insbesondere auch bei den politisch-militärischen Interventionen der USA in Grenada, Panama und Libyen, aber auch bei der Intervention der UdSSR in Afghanistan, eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt haben.

Die sog. "Dominotheorie" ist eine spieltheoretische Variante einer Herrschaftstheorie, die vor allem dem bipolaren Spannungsverhältnis zwischen den beiden Supermächten Rechnung getragen hat. Während diese Theorie zur Erklärung des Vietnamkrieges noch Verwendung fand, reicht sie zur Erklärung des Golfkrieges nicht mehr aus. Demgegenüber vermag die Theorie der hereinbrechenden Ränder, worunter natürlich die Ränder der gegenwärtigen neokolonialen Weltordnung gemeint sind, nicht nur den Golfkrieg zu analysieren, sondern auch die gesamte "Vorwärtsverteidigung" der einzigen noch verbliebenen Supermacht *gegen* eine immer stärker *aufbegehrende Dritte Welt.* Diese Vorwärtsverteidigungsstrategie hat in den 80er Jahren ihren Ausdruck in der Definition der sog. Konflikte geringer Intensität (Low Intensity Conflicts) gefunden, die sich vor allem auf die Bekämpfung der Guerilla bezogen hat. Diese Definition ist nun für die 90er Jahre bereits nach oben angepasst worden, d.h. dass sog. Konflikte mittlerer Intensität, Mid Intensity Conflicts, (10), unter die nunmehr auch der Golfkrieg zu subsumieren ist, im Vordergrund des Interventionsinteresses stehen werden. Ebenso wie der Irak könnten noch andere regionale Mächte in der Driten Welt, die im Rahmen dieser Weltkriegswirtschaft hochgerüstet worden sind, zu einer Bedrohung für die neokoloniale Weltordnung werden. Insbesondere wenn es in einem (oder mehreren) dieser Länder zu einem inneren Umsturz kommt.

Die faktische Erwartungsstruktur, die dieser neokolonialen Weltordnung entspricht, beinhaltet ganz andere Anforderungen an die politischen Regimes in diesen Ländern als eine nationale Entwicklung, nämlich Öffnung der Märkte für ausländische Direktinvestitionen, Steigerung der Exportgüterproduktion auf Kosten der Versorgung der Bevölkerung mit Massenkonsumgütern und Konformität der Wirtschaftspolitik mit der ökonomischen Rationalität des multinationalen Kapitals. Diese ökonomische Rationalität hat ihren Ausdruck im monetaristischen Wirtschaftsmodell gefunden, das solch wichtigen Institutionen wie dem Internationalen Währungsfond als Grundlage für die Durchsetzung von Kreditbedingungen an diese Länder dient. Die Konsolidierung dieser Weltordnung setzte entsprechend die Installierung von politischen Regimes voraus, die sich nicht nur diese von aussen diktierten Bedingungen zu eigen machten, sondern diese auch mit diktatorischen Mitteln gegen den Widerstand von antiimperialistisch strukturierten politischen Klassenpotentialen durchzusetzen versuchten. Die klassischen Beispiele solcher liberaler Regimes, die nach der Formel "freie Marktwirtschaft cum Terror" operierten, sind Chile unter Pinochet, Uruguay unter Bordaberry, Argentinien unter Videla und die Türkei nach dem Sturz Ecevits. Diese und andere vom scheinbar harmlosen Clan der Wirtschaftsliberalen begünstigten Militärdiktaturen stützten ihre Macht auf alte und neue Exportoligarchien, die sich mit Hilfe des Auslandskapitals den internen Antagonismus zwischen entwicklungsorientierten kapitalistischen Interessenallianzen und politischen Klassenpotentialen zunutze machten, um, wie bereits erwähnt worden ist, sämtliche Konsequenzen der vorangehenden nationalen Entwicklung auf eine radikale Art und Weise zu beseitigen. Ange-

sichts der enorm hohen sozialen und politischen Kosten, welche die Durchsetzung dieser monetaristischen Politik bisher nach sich gezogen hat und des nach wie vor *anhaltenden Widerstandes*, den sie hervorruft (z.B. die sog. Brotpreisrevolten in nordafrikanischen Ländern, Streikwellen in der Türkei, in Polen etc.), scheint diese heute immer mehr in die Defensive zu geraten, zumal das mit Hilfe dieser Politik erwartete Wirtschaftswachstum ausgeblieben ist. Die Versuche zur *(Re)-Demokratisierung* in einigen der oben genannten Länder, die auf diesem Wege in die neokoloniale Weltordnung integriert worden sind, lassen sich durchaus auch auf diesem Hintergrund betrachten.

Allerdings vermochte sich diese neoliberale Erwartungsstruktur keineswegs auf eine derart konsistente Art und Weise durchzusetzen, wie man dies glauben könnte, wenn im Zusammenhang mit der Entstehung einer solchen Erwartungsstruktur von einer eigentlichen *neoliberalen Konterrevolution* (11) gesprochen worden ist. Es gibt nämlich eine beträchtliche Zahl von Ländern, die im Übergang von der früheren meritokratischen Nachkriegsordnung zur neokolonialen Weltordnung der Gegenwart gewissermassen die Flucht nach vorne ergriffen haben, indem sie über eine verstärkte staatsunternehmerische Kontrolle von Investitionen, einschliesslich ausländischer Investitionen, die negativen Konsequenzen hinauszuschieben versuchten, die der Zerfall der Nachkriegsordnung für die nationale Entwicklung besessen hat. Die Fortsetzung einer solchen relativ eigenständigen Politik unter veränderten weltweiten Bedingungen war nur im Bezugsrahmen eines sog. starken Staates möglich, der einerseits die unterschiedlichen Interessen von nationalem Kapital und Auslandskapital in seiner Eigenschaft als kapitalistischer Unternehmerstaat auszubalancieren vermochte und der andererseits auch die Transformation von nationalistisch strukturierten Entwicklungspotentialen in antiimperialistische Klassenpotentiale in Grenzen zu halten vermochte. Es ist sicherlich kein Zufall, dass auch diese staatsunternehmerischen Regimes in der Regel als Militärdiktaturen in Erscheinung getreten sind. Die klassischen Beispiele für diese Strategie stellen Brasilien und Südkorea dar. Sie hat aber auch in anderen der neu sich industrialisierenden Länder ("newly industrializing countries") wie z.B. Taiwan, Singapur, Hongkong oder auch Nigerien eine Rolle gespielt.

Der Golfkrieg als Fluchtpunkt einer absehbaren Gegenbewegung

Im Zusammenhang mit der oben erwähnten Definition der sog. Konflikte mittlerer Intensität dürfte nun zunächst der Hinweis von Interesse sein, dass der Aufstieg zu regionalen Mächten, die aufgrund ihres militärischen Potentials zu einer Bedrohung für "Frieden und Sicherheit" werden könnten, entweder unter staatsunternehmerischen Regimes erfolgt ist (Brasilien, Nigerien, Iran unter dem Schah), oder dann eben unter nationalistischen (Irak, Indien) oder sozialistischen Regimes (China, Vietnam). Aufgrund der zentralen Rolle, die dem Staat in der Wirtschaft dieser Länder zukommt, dürften diese ansonsten sehr heterogenen Regimes auch in Zukunft einen eher

geringen Grad an Konformität mit der neoliberalen Erwartungsstruktur an den Tag legen. Dass eine solche "Flucht nach vorne", die unter solchen staatsunternehmerischen Regimes vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Mobilisierung von antiimperialistischen Klassenpotentialen ergriffen worden ist, auch über die Grenzen hinausführen kann, die durch die neokoloniale Weltordnung gesetzt sind, hat insbesondere die Revolution im Iran gezeigt. Hier ist es auf der Basis des Islams gelungen, die ansonsten sowohl ideologisch wie auch strukturell gegensätzlichen Interessen von nationalistischen Entwicklungspotentialen und antiimperialistischen Klassenpotentialen vorübergehend auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen und die "Entwicklungsdiktatur" des Schahs zu stürzen. Eine durchaus ähnliche Bedeutung, was die temporäre "Fusion" solcher sehr verschieden ausgerichteter politisch relevanter Potentiale betrifft, kam aber auch dem Sandinismus für die Revolution in Nicaragua zu. Diese beiden Revolutionen stellen einen klaren Bruch mit der neokolonialen Weltordnung dar, deren Konsequenzen vor allem im Iran nur mehr schwerlich rückgängig zu machen sein werden, auch wenn es Anzeichen dafür gibt, dass sich dieses Land gegenüber ausländischen Investitionen wieder öffnen könnte. Die von einer breiteren Öffentlichkeit erst heute recht zur Kenntnis genommene *Revitalisierung des Islams* ist natürlich nicht erst durch die Iranische Revolution ausgelöst worden. Eine derartige Revitalisierung konnte bereits viel früher auch in anderen Ländern beobachtet werden (z.B. Pakistan, Afghanistan). Sie lässt sich als eine *Reaktion auf den Zerfall der früheren meritokratischen Weltordnung* interpretieren: In dem Masse, wie der frühere, auf das internationale System bezogene Nationalismus als Instrument der Mobilisierung der Bevölkerung für die Entwicklung ausgedient hat, bietet der Rückgriff auf solche historisch ältere Kulturen wie jene des Islams eine alternative Möglichkeit, um die eigene Identität gegenüber dem immer stärker gewordenen neokolonialen Zugriff zu verteidigen. Was nun allerdings neu zu sein scheint an der Iranischen Revolution ist eine politische Interpretation des Islams, die diese Weltreligion in den Dienst des Kampfes der Armen und Machtlosen gegen die Reichen und Mächtigen stellt und ihr damit unter den gegenwärtigen weltweiten Bedingungen eine antiimperialistische Stossrichtung verliehen hat.

Die Nichteinlösung der legitimen Erwartungen der Bevölkerungen in den Entwicklungsländern bezüglich nationaler Selbstbestimmung und Entwicklung stellt den Hauptgrund für die zunehmende antiimperialistische Mobilisierung gegen die neokoloniale Weltordnung dar. Die wachsende Zahl von Befreiungsbewegungen, die auf der Basis von kollektiver Gewalt neue nationale Identitäten zu schaffen bzw. solche Identitäten zurückzugewinnen versuchen, muss zweifelsohne auch vor diesem Hintergrund gesehen werden. Historisch gesehen, d.h. vor dem Hintergrund der früheren antikolonialistischen und antiimperialistischen Kämpfe sind solche Befreiungsversuche natürlich nicht neu. Ihr gehäuftes Auftreten in jüngerer Zeit deutet aber auf einen neuerlichen Primat der Politik in der gegenwärtigen Weltgesellschaft hin. Das Wegfallen der Ost-West-Konfrontation hat nicht nur den Blick auf die hereinbrechenden Ränder der neokolonialen Weltordnung freigegeben,

sondern auch deutlich gemacht, dass der beobachtete Trend in Richtung zunehmender Entropie der Weltgesellschaft auch vor den beiden Supermächten nicht Halt macht und deren Machtgrundlage zusehends auch von ihrem Innern her auszuhöhlen beginnt.

Vor dem Hintergrund des bisher Gesagten erscheint es nun fast so, als ob die irakische Regierung gewissermassen im Alleingang die frühere OPEC-Strategie weiterverfolgt hätte, welche das Ende der meritokratischen Nachkriegsordnung und den Beginn jenes entropischen Prozesses markierte, der nunmehr in den brennenden Ölfeldern von Kuwait an jenem symbolträchtigen Punkt angelangt ist, wo die soziologische Bedeutung des Entropiebegriffs mit seiner ursprünglichen thermodynamischen Bedeutung verschmilzt. Bekanntlich hat sich die irakische Regierung den Schrecken zunutze gemacht, den die Iranische Revolution innerhalb der neokolonialen Weltordnung ausgelöst hat, um sich die notwendigen politisch-militärischen Machtmittel zu beschaffen, die sich nunmehr gegen die Stützpunkte dieser Weltordnung im Einflussbereich ihrer eigenen Macht in Anschlag bringen liessen. Der Versuch der irakischen Führung, das ohnehin äusserst instabile Gleichgewicht der Kräfte in dieser Weltregion zu ihren Gunsten zu verändern, muss ebenfalls vor dem Hintergrund des Wegfallens der Bipolarität in dieser Region gesehen werden, wodurch sich die Instabilität natürlich nicht verringert, sondern noch vergrössert hat. Es bestand für die irakische Führung offensichtlich kein Zweifel darüber, dass sie aufgrund des unerhörten (und, wie bereits gesagt, eben nicht selbstverdienten) Reichtums, über den die Regierungen Kuwaits und Saudiarabiens verfügen, aber auch aufgrund des Widerstandes, den Israel der Schaffung eines eigenen Palästinenserstaates entgegensetzt, im Falle eines politisch-militärischen Angriffs auf jedes dieser Ziele mit einer breiten Zustimmung der Bevölkerungen in den umliegenden arabischen Ländern rechnen konnte. Offensichtlich wurde dabei aber unterschätzt, dass die alten (Italien) und neuen imperialistischen Mächte nicht nur in der Lage, sondern auch willens sind, diese geopolitisch und strategisch für sie wichtigen Stützpunkte mit kriegerischer Gewalt zu verteidigen.

Dass nun die Invasion Kuwaits durch Irak ganz andere *weltpolitische Konsequenzen* nach sich gezogen hat als noch vor einigen Jahren die Invasionen Ost-Timors durch Indonesien oder der ehemals spanischen Westsahara durch Marokko oder die Besetzung Libanons durch Israel, lässt sich allerdings nicht bloss auf die strategische Bedeutung zurückführen, die Kuwait dank seines Erdöls für die Weltwirtschaft besitzt. Vor dem Hintergrund der selbstzerstörerischen Tendenzen, die der neokolonialen Weltordnung inhärent sind und angesichts des entropischen Zustandes, in dem sich die Weltgesellschaft befindet, zielte die Intervention der multinationalen Streitkräfte (die bekanntlich auch durch das multinationale Kapital der BRD und Japans mitfinanziert wurde), vor allem auch darauf ab, einen "unberechenbar" gewordenen Herrscher in die Schranken zu weisen und ein Exempel für jene Regenten zu statuieren, die sich ebenfalls zu "Renegaten" entwickeln könnten. Diese Schranken sind nun allerdings nicht erst im Rahmen der neokolo-

nialen Weltordnung errichtet worden, sondern sie sind bereits für die meritokratische Nachkriegsordnung konstitutiv gewesen und haben ihren institutionalisierten Ausdruck im "Prinzip der gegenseitigen Nichtintervention von Staaten" gefunden.

Dieses Prinzip ist vor allem für die Entwicklungsländer von existentieller Bedeutung, bei denen die Gefahr des Zerfalls aufgrund der willkürlichen Grenzziehungen durch die Kolonialmächte immer schon gross war. Dass die UNO gerade zu diesem Zeitpunkt und im Vorfeld dieses Krieges wieder handlungsfähig geworden ist und ihre Sanktionen gegen den Irak eine breite Zustimmung auch unter den Entwicklungsländern gefunden haben, dürfte nicht zuletzt mit der auch von den Entwicklungsländern geteilten Erwartung zu tun haben, dass sich der Prozess der zunehmenden Entropie der Weltgesellschaft mit Hilfe dieser Weltorganisation aufhalten und gegebenenfalls im Rahmen einer neu zu definierenden gerechteren Weltordnung umkehren lässt. An dieser Erwartungsstruktur, sofern sich diese zu konsolidieren vermag, wird man sämtliche Vorschläge für eine Weltordnung der Zukunft zu messen haben. Man muss sich aber, gerade was das Umfeld dieses "Konfliktes mittlerer Intensität" am Golf betrifft, darüber im klaren sein, dass die *Mitgliederländer innerhalb der Hierarchie der Weltgesellschaft erpressbar* bleiben, solange es atomare und andere Massenvernichtungswaffen gibt. Dieser Aspekt dürfte beim Zustandekommen einer gemeinsamen Front gegen den Irak eine nicht unwesentliche Rolle gespielt haben. Wer anders als die UNO hätte das Risiko vermindern können, dass die Regierung Israels (die Atommacht im Nahen Osten) nicht in eigener Regie auf die "Unberechenbarkeit" des Iraks reagieren wird und z.B. im Falle eines Giftgasangriffes mit atomaren Massenvernichtungswaffen antwortet. Mit der von gewissen, auch in Europa, unverantwortlichen Kreisen propagierten "Lösung" des Konfliktes mittels "Atombomben auf Bagdad" wäre nun allerdings der entropische Prozess innerhalb der gegenwärtigen Weltgesellschaft vollends ausser Kontrolle geraten.

Der *Vernichtungskrieg*, der nunmehr durch die multinationalen Streitkräfte gegen die politisch-militärischen Machtarsenale des Iraks geführt worden ist, kann unter diesem Aspekt durchaus als eine Fortsetzung der Zerstörung der irakischen Atomforschungsanlagen zu Beginn der 80er Jahre durch Israel betrachtet werden. Allerdings hat nun dieser Vernichtungskrieg, der weit über die Zielsetzungen der UNO-Resolutionen hinausging, auch die *Bevölkerung* getroffen, so dass die Frage nach der *Verhältnismässigkeit der Mittel* auch dann offen bleibt, wenn das Ziel dieser Intervention, nämlich die Wiederherstellung der Souveränität Kuwaits, als gerechtfertigt betrachtet wird. Auf alle Fälle wird man die Unterstützung, welche die UNO-Resolutionen seitens der Entwicklungsländer, aber auch der UdSSR gefunden haben, wohl kaum als ein Votum für die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen neokolonialen Weltordnung interpretieren können. Dass nun dieser gewollte "gerechte" Krieg auch eine gerechtere Weltordnung nach sich ziehen könnte, bleibt nicht nur angesichts der *Grossmachtinteressen*, die dabei im Spiele sind, höchst fraglich, sondern vor allem auch angesichts der

zunehmenden Verselbständigung des multinationalen Kapitals gegenüber der Kontrolle von nationalen Regierungen. Diese Verselbständigung dürfte zusammen mit der enormen wirtschaftlichen Macht, die sich in den Händen von multinationalen Korporationen und transnationalen Finanzorganisationen konzentriert, einen der Hauptgründe dafür darstellen, warum die UNO schon sehr bald an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gelangt ist, die legitimen Erwartungen der Entwicklungsländer zu erfüllen, so dass sie im Rahmen dieser neokolonialen Weltordnung weitgehend handlungsunfähig geworden ist. Die Entwicklungsländer stellen weltgesellschaftlich gesehen ein politisches Potential dar, das in der Vergangenheit vor allem an Entwicklung, heute aber vor allem an einer *Umverteilung der wirtschaftlichen Ressourcen im Weltrahmen* interessiert ist. Die "Handlungsfähigkeit", die die UNO unter dem Diktat des Weltsicherheitsrates im Vorfeld des Golfkrieges vorübergehend wiedererlangt hat, vermag nicht darüber hinwegzutäuschen, dass sie von der Herstellung eines nur einigermassen gangbaren Kompromisses zwischen der nach wie vor zentralen Forderung der Entwicklungsländer nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung und dem Interesse der hochentwickelten Länder an der Aufrechterhaltung der bestehenden neokolonialen Ordnung weit entfernt ist. Zu einer Änderung der weltweiten wirtschaftlichen Machtverteilung dürfte es vermutlich erst dann kommen, wenn die Kosten zur politisch-militärischen Aufrechterhaltung dieser neokolonialen Weltordnung den wirtschaftlichen "Nutzen" zu übersteigen beginnen. Wie schnell dieser Zeitpunkt erreicht sein wird, hängt nicht nur von der *Stärke der antiimperialistischen Potentiale* ab, sondern vor allem auch vom *"timing"*, dem die Mobilisierung dieser Potentiale in den einzelnen Ländern folgen wird. Vor dem Hintergrund der vorangehend skizzierten Theorie der hereinbrechenden Ränder kann vermutet werden, dass diese politisch relevanten Potentiale über die in den kommenden Jahren zu erwartenden Regimewechsel einen wesentlichen Einfluss auf die Ausgestaltung einer zukünftigen Weltordnung nehmen werden.

Ausblick

Die Entlegitimierung der auf den Entwicklungsinteressen nationaler Bevölkerungen beruhenden meritokratischen Nachkriegsordnung und die daraus resultierende Verschärfung des Nord-Süd-Konflikts hat bisher nicht zu einem Auseinanderfallen der Weltgesellschaft entlang ihrer hauptsächlichsten Trennungslinie zwischen hochentwickelten Ländern und Entwicklungsländern geführt. Die bis in die jüngste Zeit relativ stabil gebliebene politisch-militärische Aufteilung der Welt in die Segmente der beiden Supermächte einerseits, und das Segment der blockfreien Länder andererseits, dürfte einem solchen Auseinanderfallen ebenso entgegengewirkt haben wie die neuen Formen der Verklammerung, die durch das multinationale Kapital auf der Basis von grenzüberschreitenden, konzerninternen Arbeitsteilungen zwischen Muttergesellschaften im Zentrum und Tochtergesellschaften in jeweils mehreren peripheren Ländern hergestellt worden sind. Allerdings ist

es nun denkbar, dass es aufgrund des tiefen Grabens, den der Golfkrieg zwischen arabischer und westlicher Welt aufgerissen hat, zu einer gewissen *Desintegration der Weltgesellschaft* entlang dieser Trennungslinie kommt. Die Konsolidierung einer solchen desintegrierten Struktur, die aus verschiedenen gegeneinander relativ abgeschlossenen Machtsegmenten bestehen würde, dürfte aber ziemlich schwierig sein, wenn es nicht gleichzeitig gelingt, auch die Kommunikationsflüsse über die Grenzen dieser Segmente hinweg drastisch einzuschränken. Es sind heute aber gerade die Massenkommunikationsmittel, welche das Bewusstsein in einer einzigen und damit auch gemeinsamen Welt zu leben, in einem bisher noch nie dagewesenen Ausmasse verstärken. Damit wird auch die Frage nach einer gemeinsam akzeptierten Weltordnung bestehen bleiben, innerhalb der die Probleme der Weltgesellschaft angegangen und gelöst werden müssen.

Die diesbezüglichen Erwartungen, mit denen die UNO heute konfrontiert wird, sind zweifellos weit höher, als dies noch vor dem Golfkrieg der Fall gewesen ist. Darauf deutet indirekt auch die Gründung der UNPO (Unrepresented Nations and Peoples Organization) im Frühjahr 1991 hin, eine Art Alternativorganisation der in der UNO bisher nicht oder zuwenig repräsentierten Völker, denen das Recht auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung vorenthalten wird. Eine solche Organisation wäre wohl ohne diesen gemeinsamen Erwartungshorizont zum jetzigen Zeitpunkt nicht denkbar gewesen. Die Bewährungsprobe für die Handlungsfähigkeit der UNO, sollte sich diese in der Tat zu einem Instrument für die Schaffung einer gerechteren Weltordnung entwickeln, werden zweifelsohne die bisher ungelösten Fragen der Palästinenser, Kurden, Tibeter etc. sein. Auf die UNO wird man in diesem Zusammenhang aber auch schon deshalb nicht verzichten können, weil sie als einzige Organisation weltweit gültige Indikatoren bereitstellt, die als Grundlage für die Formulierung einer *Weltinnenpolitik* im Interesse der Bevölkerungen dienen können. Dass eine solche Weltinnenpolitik nicht einfach mit der Aussenpolitik von irgendwelchen Grossmächten identisch sein kann, sollte klar geworden sein. Aus der Perspektive einer solchen Weltinnenpolitik gesehen, die durch die Diskussion über die "Grenzen des Wachstums" eher verschütttet als befördert worden ist, besteht das zentrale Weltproblem nach wie vor in der Entwicklungsfrage.

Solange es den hochentwickelten Ländern in ihren vertikalen Interaktionen mit den Entwicklungsländern darum geht, diesen ihren eigenen Überlegenheitsanspruch zu demonstrieren, sei dies nun mit wirtschaftlichen, kulturellen oder eben auch politisch- militärischen Mitteln, werden sie auf Ablehnung stossen und mit einer zunehmenden "Unberechenbarkeit" des Verhaltens in diesem Teil der Welt zu rechnen haben. Es steht ausser Frage, dass die jüngere Generation in den hochentwickelten Ländern diesen Überlegenheitsanspruch heute nicht mehr teilt. Bei dem in diesen Ländern zu beobachtenden Phänomen eines reaktionären Verteidigungsnationalismus dürfte es sich deshalb vor allem um ein Problem der älteren Generation handeln, welches mit dieser Generation verschwinden wird. Damit wird die weltweite Entwicklungsproblematik, die seit einiger Zeit unter dem Begriff der "*endo-*

genen Entwicklung" (12) gerade auch innerhalb der UNO diskutiert wird, auch in den hochentwickelten Ländern wiederum eine grössere Resonanz zurückgewinnen. Die Einsicht, dass es auch andere Möglichkeiten gibt als den Einsatz von kapitalintensiven Technologien und dass sich vor allem die *menschliche Lern- und Neuerungsfähigkeit* für eine endogene Entwicklung nutzen lässt, wird heute von den einflussreichen Interessengruppen in Wirtschaft und Politik immer noch weitgehend ignoriert. Diese sind an einer Nutzung dieser weltweit im Überfluss vorhandenen Ressource vor allem deshalb nicht interessiert, weil diese Ressource bekanntlich im Gegensatz zum Kapital über Eigenschaften verfügt, welche verhindern, dass sie aufgrund ihrer ungleichen Verteilung als eine Quelle von Macht benutzt werden kann. Die Ausbeutung der durch die soziale Ungleichheit bedingten Unwissenheit von Menschen stellt ganz offensichtlich ein konstitutives Merkmal der Macht dar, die durch solche Interessengruppen ausgeübt wird. Die zentrale Frage in diesem Zusammenhang bleibt vorläufig die, ob und auf welche Weise sich die weltweit vorhandenen politischen Potentiale – nach einer Phase des offensichtlich unvermeidbaren antiimperialistischen Kampfes – wiederum für eine endogene Entwicklung mobilisieren lassen.

Anmerkungen

Beim vorliegenden Beitrag handelt es sich um die gekürzte Fassung eines Vortrages, den der Verfasser an einem Symposium über die Weltgesellschaft gehalten hat, das von der Muriel-Eva-Fischer-Stiftung in Zürich durchgeführt wurde als Reaktion auf den Schrecken des sog. Golfkrieges. Für wertvolle Anregungen und Kritik danke ich insbesondere Walter Schöni, Pierre Franzen und Urs Sekinger.

1) P. Heintz:Die Weltgesellschaft im Spiegel von Ereignissen, Diessenhofen: Ruegger 1982.
2) Die Frage, ob es sich bei dieser Weltkultur auf der Grundlage von universalistischen Werten nicht einfach um eine Hypostasierung eines eurozentrisch geprägten Kulturgutes handelt, ist sicherlich berechtigt. Vgl. dazu: R. Kössler und H. Melber: Universelle Werte und internationale Zivilgesellschaft. Brüchigkeit und Begründbarkeit internationaler Solidarität. In: Peripherie Nr. 39/40. Münster 1990.
3) Die bisher umfassendste Darstellung dieser Problematik bietet nach wie vor die Arbeit von W. Schöni: UNESCO-Krise der westlichen Hegemonie. Staatliche Kulturkonzeptionen und die politische Rolle der Schweiz. Frankfurt, New York: Campus 1988.
4) Auf eine Beschreibung der verschiedenen Entwicklungsstrategien, die durch nationalistische, populistische und kapitalistische Regimes im Rahmen dieser meritokratischen Weltordnung verfolgt worden sind, muss hier verzichtet werden. Vgl. dazu: G. Hischier: Politische Regimes in Entwicklungsländern. Eine international vergleichende Typologie. Frankfurt, New York: Campus 1987.
5) Vgl. J. Juchler: Systemkrise des Sozialismus. Ein formationstheoretischer Ansatz. In: Widerspruch 19. Sozialismus am Ende? Zürich 1990.
6) Vgl. A.G. Frank: The World Crisis: Theory and Ideology. In: Alternatives VIII, 1981. Übers. in: S. Amin, G. Arrighi, A.G. Frank, I. Wallerstein: Die Dynamik der globalen Krise, Opladen 1986
7) Vgl. I. Wallerstein: The Modern World System. New York: Academic Press 1974.
8) Den in diesen Ländern vorherrschenden Regime-Typus haben wir an anderer Stelle (Vgl. Hischier 1987 a.a.O.) als "administrativ-autosuffizient" bezeichnet. Dies deshalb, weil das einzige, was in diesen marginalisierten Gesellschaften an organisatorischen Strukturen von der vorangegangenen Entwicklung übrig geblieben ist, aus Teilen der Staatsverwaltung einschliesslich des Polizei- und Militärapparates besteht, deren Repräsentanten sich zu-

meist schamlos auf Kosten der eigenen Bevölkerung bereichern. Dazu gehörten auch die erst vor kurzem gestürzten Regimes in Somalia und Mali.

9) Für eine Kritik dieses Ansatzes unter diesem Aspekt vgl. insbesondere T. Skocpol: Wallersteins World Capitalist System. A Theoretical and Historical Critique. In: American Journal of Sociology. Vol. 82, 5, 1977.

10) Vgl. dazu: M. Klare: Le Golfe, banc d'essai des guerres de demain. In: Le Monde Diplomatique. Jan. 1991.

11) E. Altvater: Der gar nicht diskrete Charme der neoliberalen Konterrevolution. In: Prokla, Heft 44, Berlin 1981.

12) P. Heintz (Hsg.): Endogene Entwicklung: Wirklichkeit und Ideologie. Diessenhofen: Ruegger, 1983.

GOLFKRIEG

Jetzt wieder aktuell:

blätter des iz3w
informationszentrum dritte welt - iz3w

* **Golfkrieg Iran – Irak (Nr. 146) 12/87**

u.a. mit folgenden Beiträgen:

– US-Politik im Golf
– Diktatur der Baath-Partei
– Islam und Nationalismus

(Einzelpreis DM/SFR 5,– + Porto

* **Politisierung des Islam (Nr. 147) 2/1988**
(Einzelpreis DM/SFR 5,– + Porto)

* **Intifada in Palästina (Nr. 150) 6/1988**
(Einzelpreis DM/SFR 5,– + Porto)

...und in Vorbereitung:

Neue Weltordnung und der arabische Raum
erscheint Mitte März 1991 (Nr. 172)
(Einzelpreis DM/SFR 6,– + Porto)

Alles zusammen für DM/SFR 20,– incl. Porto
bitte Vorauskasse (Scheck)

Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg i. Br.